

Schlankere Vergabe bei ...

Fortsetzung von Seite 1

wirtschaftliche Stabilität sowie technische Leistungsfähigkeit. Allerdings ist die Einführung des Präqualifikationsverfahrens nur sinnvoll, wenn es dem Auftraggeber erleichtert, Anbieter von Bauleistungen zu identifizieren, die diese Voraussetzungen erfüllen und wenn alle Auftraggeber dies ausnahmslos akzeptieren und Eignungsnachweise nicht nochmals aufs Neue verlangen. Dies können entsprechende Gesetze oder Verordnungen regeln.

Durch die Einführung eines Präqualifikationsverfahrens können Unternehmen in der Baubranche rund 580 Millionen Euro pro Jahr einsparen und die öffentlichen Auftraggeber von Bund, Ländern und Kommunen

erhalten haben. Ein großer Nachteil bei Zulassungssystemen besteht laut der Studie von BearingPoint in ihrem hohen Regelungsaufwand und ihrer Tendenz, mit „vergabefremden“ Eignungskriterien angereichert zu werden. BearingPoint ist der Auffassung, dass enge Qualifikationsraster und Auftragsgrößenklassen die Märkte künstliche segmentieren. Außerdem würde der hohe Aufwand für die Zulassung zu große Hürden beim Markteintritt neuer Teilnehmer führen.

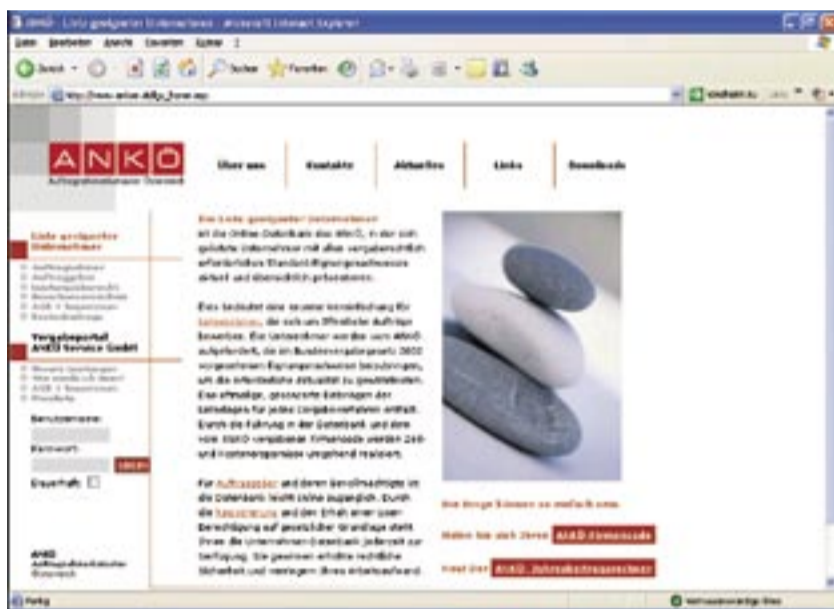
In Österreich wird das „Informationsdienstleistersystem“ angewendet, an dem sich auch das deutsche Präqualifizierungssystem orientieren könnte. Die Eignungsnachweise übermitteln Unternehmen an den Auftragnehmer-

Auftraggeber die Datenbank „Liste geeigneter Unternehmer“ mit den kompletten Eignungsnachweisen von über 8 000 nicht nur auf den Baubereich beschränkte Unternehmen.

Europäische Norm vorerst gescheitert

Angesichts der vielen Unterschiede bei den Präqualifikationsverfahren stellt sich die Frage, warum es bislang noch nicht gelang, eine für die EU einheitliche Norm für die Qualifizierung zu schaffen. Vor allem vor dem Hintergrund, weil deutsche Unternehmen in der Vergangenheit immer wieder über Schwierigkeiten berichtet hatten, sich an öffentlichen Aufträgen im EU-Wirtschaftsraum zu beteiligen. Häufig sei es nicht möglich gewesen, sich in Ländern mit unterschiedlichsten vorgezogenen Eignungsprüfungen zeitnah qualifizieren zu lassen. Bereits 1994 wurde im Rahmen des Europäischen Normungsinstitutes CEN eine Machbarkeitsstudie mit dem Ergebnis erstellt, dass eine Europäische Norm zur Qualifikation von Bauunternehmen durchaus möglich sei. Vom Ergebnis der Machbarkeitsstudie überzeugt, erteilte die Europäische Kommission im Mai 1995 dem CEN und der Schwesterorganisation CENELEC ein Mandat zur Erarbeitung der Europäischen Norm. Allerdings konnten beide Normungsinstitute trotz mehrerer Mandatsverlängerungen kein gewünschtes Ergebnis vorweisen. Zum einen entsprach der Entwurf des CENELEC nicht den Anforderungen an das Mandat, zum anderen erhielt der Entwurf von CEN keine Mehrheit. Nun schlummern die Ergebnisse in den Archiven und warten darauf, hervorgeholt zu werden.

Aus den Bestrebungen lässt sich schließen, dass die Mitgliedsstaaten ihr etabliertes nationales System nicht aufgeben wollten, weil sie mit dem ihrigen zufrieden sind. Eine einheitliche europäische Norm zur Qualifikation würden sie nur akzeptieren, wenn das eigene System nicht beeinträchtigt



In Österreich übermitteln Unternehmer die Eignungsnachweise an den Auftragnehmerkatalog Österreich. Foto: ANKO

etwa 70 Millionen Euro. Das ist das Ergebnis einer Studie, die die Unternehmensberatung BearingPoint im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit erstellt und im vergangenen Jahr vorgelegt hat. Verglichen wurden verschiedene Präqualifikationssysteme in ausgewählten Staaten der EU, aus denen Vorschläge für ein einfaches, kostengünstiges und effektives System für Deutschland abgeleitet wurden. Um die Kosten für ein Präqualifizierungsverfahren in Grenzen zu halten, empfiehlt die Unternehmensberatung, das Verfahren bundesweit und somit länderübergreifend zu organisieren. Werde die Organisation auf einzelne Bundesländer begrenzt, bestehe die Gefahr, dass unterschiedliche Anforderungen definiert werden, was zu Lasten der Transparenz gehe. Damit die ermittelten Potenziale ausgeschöpft werden könnten, müsse sich die Anzahl der Eignungsnachweise auf einmal pro Jahr beschränken.

Präqualifikation Standard im übrigen Europa

Bislang gibt es in Deutschland, im Gegensatz zu den meisten Baumärkten im übrigen EU-Raum, im Vorfeld von Vergabeverfahren für Bauleistungen kein umfassendes Qualifizierungsverfahren. Eine Ausnahme bildet lediglich das Präqualifizierungsverfahren der Deutschen Bahn AG, Ansätze sind bei den Güte- und Überwachungsgemeinschaften in Deutschland zu sehen, da auch sie konkrete Qualitätskriterien definieren. Doch das Ausland ist Deutschland in Sachen Präqualifikation bereits einen riesigen Schritt voraus. Ob in Belgien, Italien, Frankreich oder Österreich – dort haben sich Präqualifikationsverfahren schon lange durchgesetzt. Zum Beispiel in Belgien und Italien kommt ein so genanntes Zulassungssystem zur Anwendung. Hier ist es nur Unternehmen erlaubt, sich für öffentliche Aufträge zu bewerben, die nach Durchführung eines vom konkreten Vergabeverfahren losgelösten Prüfungsverfahrens eine entsprechende Zulassungsbestätigung

katalog Österreich, der als Dienstleister fungiert und die Nachweise auf Plausibilität, Aktualität und Vollständigkeit prüft. Nur öffentliche Auftraggeber können jederzeit auf die Daten zugreifen und über einen Online-Zugriff die elektronisch erbrachten Nachweise einsehen, ausdrucken und gegebenenfalls weiterverarbeiten. Über Online-Links können sie für



Zeichnung: Götz Wiedenroth

bestimmte Informationen direkt zu weiteren Datenbanken gelangen, falls Unternehmen die entsprechenden Genehmigungen erteilt haben. Außerdem stehen Auftraggebern Suchfunktionen zur Verfügung. Wird bei einem Unternehmen die Eignung in Frage gestellt, erfolgt ein Vermerk in der Datenbank. Das Auftragnehmerkatalog Österreich arbeitet effizient mit geringem Personalaufwand, was nicht zuletzt daran liegt, dass eine genau definierte und abgegrenzte Dienstleistung für die Unternehmer sowie Auftraggeber erbracht wird und die Datenaktualisierung automatisiert über Schnittstellen zu anderen Datenbanken erfolgt. Inzwischen nutzen 4 000 Vergabereferenten öffentlicher

wird oder sie sich nicht verschlechtern. Ein einheitliches Präqualifizierungsverfahren wird es in der EU über kurz oder lang nicht geben.

Der Abschlussbericht „Öffentliches Vergabewesen – Bürokratieabbau durch Präqualifikation?“ von der Unternehmensberatung BearingPoint ist im Internet unter <http://www.bmwua.bund.de> erhältlich. Dazu muss auf der Internetseite der Suchbegriff „Präqualifikation“ eingegeben werden.

Grafiken des Monats

Annähernd jede zehnte Ich-AG im Baugewerbe Existenzgründungen durch Ich-AGs von Januar 2003 - September 2004



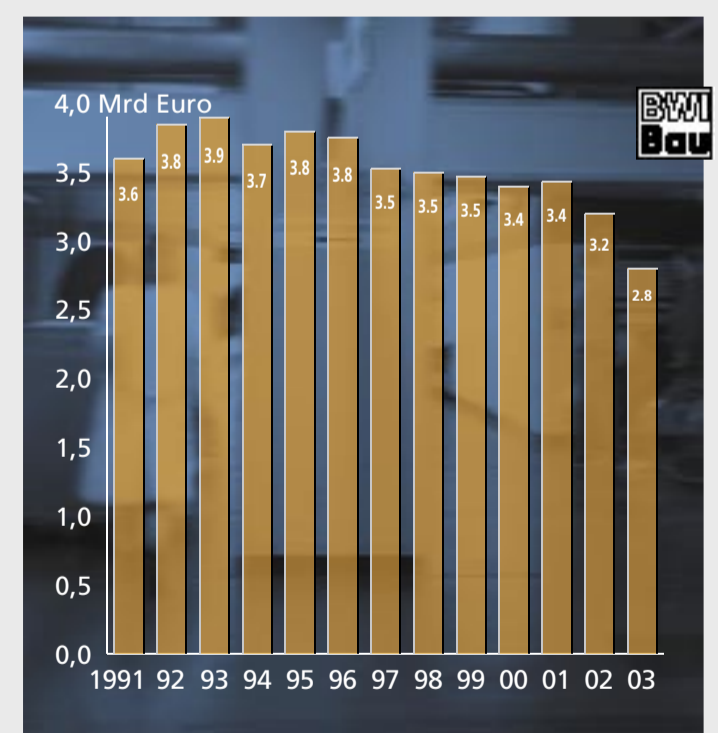
Durch die im Januar 2003 erfolgte Einführung des Existenzgründungszuschusses für Arbeitslose, die sich in einer so genannten Ich-AG selbstständig machen, ist in Deutschland ein regelrechter Gründungsboom ausgelöst worden. Ende September 2004 wurden bereits 164 000 Personen als Ich-AG gefördert. Der Großteil der Neugründungen findet im Dienstleistungssektor statt, was angesichts der „Dienstleistungslücke“ in Deutschland nachvollziehbar ist.

Immerhin rund 15 500 Personen (9,4 Prozent der Ich-AGs) sind im Baugewerbe in die Selbstständigkeit gestartet. Hier bleibt in Anbetracht vorhandener Überkapazitäten eine „echte“ berufliche Perspektive allerdings fraglich: Es ist anzunehmen, dass die vielen derart Selbstständigen mit dem Fachwissen der Baufirmen dauerhaft nicht mithalten können. Erst im September 2004 wurde zudem die Auflage eingeführt, bei Beantragung des Existenzgründungszuschusses auch ein Unternehmenskonzept vorlegen zu müssen.

Datenquelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit

Investitionsstau bei Krankenhäusern wird größer

Entwicklung der öffentlichen Investitionsmittel für Kliniken in Milliarden Euro von 1991 - 2003



Die öffentliche Hand zieht sich zunehmend aus der Finanzierung von Krankenhausinvestitionen zurück: In 2003 beliefen sich die öffentlichen Investitionsmittel auf nur noch 2,8 Milliarden Euro. Damit sanken die jährlichen Fördermittel allein zwischen 1991 und 2003 um 800 Millionen Euro. Der Trend zeigt auch für die Zukunft weiter nach unten, da die angespannte wirtschaftliche Lage den Ländern und Kommunen wenig finanziellen Spielraum lässt. Der bereits im Jahr 2001 auf rund 30 Milliarden Euro geschätzte Investitionsstau wird somit eher weiter anwachsen, als dass mit einem Abbau für die nächsten Jahre gerechnet werden kann. In der Konsequenz ist mit vermehrten Klinikschließungen, weiteren Privatisierungen aber auch Public Private Partnership-Lösungen zu rechnen.

Datenquelle: Deutsche Krankenhausgesellschaft